

Mitford Jessica: Für die Abschaffung der Gefängnisse
(Original 1973, deutsche Erstausgabe 1977 Verlag Büchse der Pandora)

Inhalt:

- 1. Das reformistische Konzept**
- 2. Das Konzept der Abschaffung**
- 3. Falsche Freunde**
- 4. Argumente für die Abschaffung der Gefängnisse**
- 5. Das Massachusett-Experiment**
- 6. Auswertung des Massachusett-Experiments**
- 7. Wer ist „gefährlich“**
- 8. Das Gefängnis als politische Waffe der Herrschenden**
- 9. Alle Gefangenen sind politische Gefangene**
- 10. Die Reformisten**
- 11. Negative und positive Reformen**
- 12. Die Organisation der Gefangenen**
- 13. Schluss**

* *

1. Das reformistische Konzept

Gefängnisse sind eine „große Pleite“; dies ist eine Redensart seit dem Entstehen des Gefängniswesens; sie wurde von führenden Politikern während der vorherigen Jahrhunderte und schließlich auch von den letzten vier Präsidenten der USA wiederholt. Diese Pleite ist die Ursache der Forderungen nach einer Gefängnisreform. Eine zum Teil aus Ex-Gefangenen bestehende Arbeitsgruppe des „American Friends Service Comitee“ (Sozialhilfedienst der Quäker) hat einen Bericht „Struggle for Justice“ (Kampf für Gerechtigkeit) herausgegeben; die Autoren fassen das „reformistische Konzept“, das nach einem Jahrhundert fortgesetzten Scheiterns nun, wie sie schreiben, bankrott ist, folgendermaßen zusammen: „Mehr Richter und mehr Gefängnisexperten, neue erzieherische und therapeutische Programme in den Gefängnissen, mehr und besser geschultes Personal mit höheren Gehältern, vorbeugende Beaufsichtigung kriminalitätsgefährdeter Kinder, häufigere Gewährung von Bewährungsfristen, gewissenhafte Zusammenstellung der Zellenkameraden, Vorbeugehaft durch Strafen von unbestimmter Dauer (*1) kleine Landgefängnisse, halboffener Strafvollzug, Verhängung von erzieherischen anstelle von bestrafenden Urteilen bei bestimmten Gruppen von Kriminellen (z.B. jugendlichen Kriminellen), Einsatz von Laien im Strafvollzug – dies ganze Instrumentarium einer ``neuen“ Kriminologie erscheint immer wieder in der reformistischen Literatur des 19.Jahrhunderts.“

Jede(r), die die Standhaftigkeit besitzt, diese widerwärtigen Schriften zu lesen, wird die zitierte Aufzählung bestätigen können.

Als Beleg sei auf die „Declaration of Principle“ (Grundsatzerklärung) hingewiesen, die vom ersten Kongress des „Verbandes amerikanischer Gefängnisse“ 1870 verabschiedet wurde; neben den Vorschlägen zu Gefangenenklassifizierungen, Strafen von unbestimmter Dauer, medizinischer Behandlung der Straftäter, tritt sie für „Institutionen zur vorbeugenden Aufnahme und Behandlung von Kindern, die zwar noch nicht kriminell sind, aber Gefahr laufen, es zu werden“ ein; Erziehung sei eine „lebendige Kraft bei der Besserung straffälliger

Männer und Frauen“; die Gefängnisse sollten „eine bescheidene Größe, vorzugsweise mit nicht mehr als 300 Insassen, haben.

Oder der Bericht der Wichersham-Commission von 1931, der 1929 von Präsident Hoover in Auftrag gegeben wurde: „Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das gegenwärtige Gefängnisssystem veraltet und wirkungslos ist. Es schützt die Gesellschaft nicht. Es bessert die Kriminellen nicht. Eine gut begründete Annahme besagt, dass Gefängnisse durch Abhärtung der Gefangenen kriminalitätsfördernd wirken. Wir sind davon überzeugt, dass ein Gefängnis neuen Typs entwickelt werden muss, eins mit neuem Geist, mit neuer Methode, mit neuem Ziel. Die Kommission schlägt (...) Einzelbehandlung, (...) Strafen von unbestimmter Dauer, (...) Erziehung auf allen Ebenen, (...) gekonnte und einfühlsame Leitung der auf Bewährung Entlassener vor.“

Gehen wir nun zum Bericht von 1967 der „President`s Crime Commission“ über. Er ist betitelt „The Challenge of Crime in a Free Society“ (Die Herausforderung des Verbrechens in einer freien Gesellschaft) und tritt ein für gründlichere Leitung der auf Bewährung Entlassenen, für die Einrichtung von „modellhaften, kleinen Besserungsanstalten“, für Verstärkung diagnostischer Hilfsmittel „bei allen wichtigen Entscheidungen“, für Förderung erzieherischer und beruflicher Ausbildung.

Dieses Rufen nach Reformen folgt immer einer Welle von Aufständen und Streiks von Gefangenen, die gegen unerträgliche Zustände protestieren. So bewegte man sich im letzten Jahrhundert im Kreis: Gefangenenunruhen – brutale Unterdrückung der Aufständischen – Forderungen in der Presse nach unabhängiger Untersuchung der Vorfälle – allgemeine Übereinstimmung, dass Gefängnisse schreckliche, zerstörerische Orte sind, die keins ihrer behaupteten Ziele erreichen – Wiederholung der alten Allheilmittel.

2. Das Konzept der Abschaffung

Es hat aber immer Menschen gegeben, die über reformistische Vorschläge hinausgegangen sind und den inneren Wesenscharakter des Gefängnisses als unheilvoll und nicht reformierbar erkannten und darum die *Abschaffung der Gefängnisse überhaupt* befürworteten. Ich führe dafür vier über mehr als ein Jahrhundert verteilte Beispiele an:

Dem Protokoll des Kongresses der „American Prison Association“ von 1870 gemäß „, bekannte sich Richter Carter aus Ohio zu einem radikalen Standpunkt in Bezug auf die Gefängnisordnung: er befürworte die Abschaffung der Gefängnisse und trete für verstärkte Anstrengungen zur Verbrechensvorbeugung ein. Er glaube, der Kongress solle sich mit diesem Punkt beschäftigen ... Jede Art des Freiheitsentzuges oder der Bestrafung sei entwürdigend und könne keinen Menschen bessern. Er würde alle Gefängnismauern beseitigen und alle freilassen, die sich dahinter befänden.“

Clarence Darrow sagte in einer Ansprache an die Gefangenen im Cook County Jail in Chicago im Jahre 1902: „, Der einzig mögliche Weg, das Verbrechen zu beseitigen, ist die gemeinsame Beseitigung der kleinen mit den großen Verbrechen. Schafft annehmbare Lebensbedingungen. Gebt den Menschen eine Möglichkeit zu leben. Schafft das Privateigentum an Grund und Boden ab, beseitigt die Monopole, errichtet eine partnerschaftliche Wirtschaft, ermöglicht den gemeinsamen Genuss der guten Dinge des Lebens ... es soll keine Gefängnisse mehr geben. Sie erreichen nicht, was sie versprechen. Wenn sie sofort ersatzlos abgeschafft würden, gäbe es kein einziges Verbrechen mehr als augenblicklich. Gefängnisse sind Schandflecken jeder Zivilisation und offenbaren fehlende

Nächstenliebe der Menschen draußen, die die Gefängnisse errichten und mit den Opfern ihrer Habsucht füllen.“

Dr. Frank Tannenbaum, ein Pionier in der Untersuchung der Gefängnisbedingungen, schrieb 1922: „Wir müssen das Gefängniswesen mit Stumpf und Stiel zerstören. Wenn ich Gefängniswesen sage, meine ich die mechanische Struktur, das Instrumentarium, die Technik, die Methoden, die ein Gefängnis ausmachen.“

1972 schrieb James Doyle, Richter des Western District of Wisconsin, als er über einen Fall von Briefzensur im Gefängnis zu befinden hatte: „Ich bin der Überzeugung, dass die Institution Gefängnis vielleicht ein Ende haben muss. In vielerlei Hinsicht ist sie ebenso unerträglich in den USA wie die Sklaverei es gewesen ist; sie wirkt ebenso brutalisierend auf alle Beteiligten, ist ebenso hinderlich für die Geschwisterlichkeit der Menschen, sie ist sogar teurer und vielleicht weniger rational.“

Ich teile diese Überzeugung. Aber ich stimme ebenso den Autoren von „Struggle of Justice“ (einer der durchdachtesten und wichtigsten Texte über die gegenwärtigen Gefängnisunruhen) zu, die schreiben, das es „unmöglich ist, mehr als eine oberflächliche Reform unseres Justizsystems ohne eine grundlegende Änderung unserer Werte und ohne eine durchgreifende Rekonstruktion unserer sozialen und ökonomischen Einrichtungen zu erreichen.“

3. Falsche Freunde

Die Autoren von „Struggle for Justice“ warnen vor Vorschlägen der Gefängnisabschaffung, die in Wirklichkeit nur einen Etikettentausch bedeuten: „Bezeichne sie als `Gemeindebehandlungszentren` oder wie du willst, wenn Menschen in ihnen gegen ihren Willen festgehalten werden, sind es Gefängnisse.“

Sie schlagen einen einfachen Test vor, die Ehrlichkeit eines Vorschlages zur Abschaffung der Gefängnisse zu prüfen: an die vorgeschlagenen Alternative müsse die Frage gerichtet werden, ob sie auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhe. Sei die Antwort Nein, „dann ist da ein Wolf unter dem Schafspelz.“

Nach dem Aufstand in Attica schlossen sich viele aufgebrachte Liberale dem Slogan der Radikalen an – „Reißt die Mauern nieder“. Der vorgeschlagene Test mag sinnvollerweise auf diese Rhetorik angewendet werden. So lautete zum Beispiel eine Schlagzeile im „Chronicle“ von San Francisco vom 22. November 1971: „Ramsey Clarks Lösung: Vollständiger Verzicht auf Gefängnisse.“ Dem Bericht zufolge, der irgendwie undurchsichtig ist, hat Mr. Clark der Presse gesagt, dass „antisoziale Straftäter als menschliche Wesen in ihrer Zeit und nicht als Zahlen in einer entmenslichenden Statistik“ behandelt werden sollten, und dass der „ideale Platz für ihre Unterbringung ein Abschnitt in Apartmenthäusern“ sei. – Bei genauerer Untersuchung besteht seine Position, wie sie aus seinem Buch „Crime in America“ hervortritt, in Wahrheit nur aus aufgeputzten reformistischen Vorschlägen. Er behauptet, dass „Resozialisierungsprogramme bei weitem die beste Chance bieten, das Verbrechen in Amerika wirksam zu verringern.“ Weiter gibt er seinen Aberglauben an Strafen von unbestimmter Dauer zum Besten, die, wie er sagt „das Beste zweier Welten geben, nämlich genügend langen Schutz der Öffentlichkeit und individuell zugeschnittene Möglichkeiten der Rehabilitation(...); durch sie hat der Gefangene die Chance, seine Freilassung jederzeit hinauszuschieben (!). Auf diese Weise hat der Strafvollzug Gelegenheit, resozialisierend zu wirken.“

Was Mr. Clark unter dem Warenzeichen „Abschaffung“ anbietet, entpuppt sich als Forderung nach mehr Geld für Resozialisierungsprogramme, nach mehr helfender Aufsicht während der Bewährungsprobe – was eine gewaltige Ausweitung der willkürlichen Macht über die Gefangenen bedeutet.

Ebenfalls 1971 regte Arthur Waskow, der Dekan des „Institute for Policy Studies“ (Institut für Politologie) in Washington, eine „fünfjährige Kampagne im ganzen Land“ an, die „verlangt, dass am 4. July 1976 alle Gefangenen in allen Gefängnissen freigelassen werden müssen und die Gefängnisse geschlossen werden“. Im folgenden Jahr schrieb er in einem Gasteditorial im „Saturday Review“: „Vergesst die Reform; es ist an der Zeit, über die Beseitigung der Gefängnisse aus der amerikanischen Gesellschaft zu sprechen.“

Er schlug folgende Alternative vor: Für Gewaltverbrecher eine „befestigte Stadt (oder Farm), in der die Tore nur in einer Richtung geschlossen sind, geschlossen für den Ausgang verurteilter Bewohner (...), aber offen zur Aufnahme aller Besucher oder Mitarbeiter, die von jenen Bewohnern eingeladen werden.“ Für Einbrecher, Veruntreuer, Ladendiebe, Vandalisten, Steuerhinterzieher – „sogar für Unternehmensdirektoren, die Anweisungen gegeben haben, die zur Vergiftung von Luft und Wasser mit krebserregenden Stoffen führten“ – eine in der Art des Kibbuz selbstverwaltete Gemeinschaft, in der alle die gleiche Arbeit für gleichen Lohn leisten. –

Mr. Waskow scheint einige besondere Schwierigkeiten übersehen zu haben: müsste er in seiner „befestigten Stadt“ und dem „selbstverwalteten Kibbuz“ nicht Wachtürme errichten und bewaffnete Wachposten einsetzen, um die „Bewohner“ daran zu hindern mit den „Besuchern und Mitarbeitern“ hinauszugehen? Schlimmer noch, er akzeptiert die herrschende Vorstellung über „Schwerverbrechen“, da er „Gewaltverbrecher“ in einer „befestigten Stadt“ absondern, umweltverschmutzende Unternehmensdirektoren dagegen dem milderen „Kibbuz“ zuweisen würde. Entfernt davon, eine Umwandlung des amerikanischen Strafrechtssystems und der Gesellschaft, der es dient, zu erreichen, würden seine Alternativgefängnisse Lager für die gleiche Mischung aus armen weißen, schwarzen und braunen Tätern bleiben, die die traditionellen Gefängnisse füllen; denn wer anderes wird für die von Mr. Waskow aufgezählten Vergehen – Gewaltverbrechen, Einbruch, Vandalismus, Ladendiebstahl – verurteilt?

Angesichts der Realitäten von Bullen, Räubern und Gerichten im heutigen Amerika werden sich Veruntreuer, Steuerhinterzieher und gemeine Unternehmensdirektoren nicht in jenem „Kibbuz“ eingesperrt sehen.

4. Argumente für die Abschaffung der Gefängnisse

Das Gefängniswesen hat, wie es traditionell von Vollzugsexperten vorgebracht wird, drei Ziele:

1- Schutz der Öffentlichkeit durch Einsperren der Gesetzesbrecher 2- Abschreckung 3- Resozialisierung (Ein viertes Ziel, Bestrafung, ist aus dem Wortschatz moderner Vollzugsbediensteter verschwunden, obgleich es das einzige Ziel ist, das das Gefängnis wirklich erreicht.)

Heutzutage wird kaum jemand ernsthaft behaupten, dass Gefängnisse resozialisieren. Ein Verfechter der Abschaffung der Gefängnisse wird dennoch einer tief verwurzelten Ablehnung auf anderer Ebene begegnen: „Mein Gott, wenn man diese Killer, Vergewaltiger, Gangster und Einbrecher laufen lässt, könnte man sich nicht mehr auf die Straßen wagen!“ Und: „Wenn wir keine Gefängnisse hätten, würde sich die Zahl der Verbrechen erhöhen.“

Schutz der Öffentlichkeit steht ohne Zweifel an erster Stelle sowohl im Bewusstsein des Anwalts von Law-and-Order als auch des Liberalen, der zwar eine bessere Behandlung der Gefangenen wünscht, aber die Konsequenzen einer Freilassung aller Gefangenen fürchtet. – Und fühlt ein gesetzestreuer Bürger nicht ein wenig Selbstbefriedigung, wenn er in diesen Tagen ansteigenden Terrors des Verbrechens und der Verbrecher an den Festungen San Quentin und Sing Sing vorbeifährt und denken kann, dass diese Mauern diejenigen Rohlinge einschließen, die seine Tochter vergewaltigen, seinen Fernseher stehlen oder ihn des Nachts auf der Strasse massakrieren würden?

Sein Glaube, das Gefängnis beschütze ihn, ist allerdings, wie es sich herausstellt, illusorisch. Nur ein kleiner Teil der Gesetzesbrecher sitzt im Knast, die meisten leben unter uns.

Die „President`s Commission on Cause and Prevention of Violence“ (Kommission zur Untersuchung und Verhütung von Gewalt) stellte fest, dass nur 1.5% von den Tätern der neun Millionen Verbrechen, die in den Vereinigten Staaten schätzungsweise im letzten Jahr (1972) begangen wurden, eingesperrt sind. Carl Rauch, Berater des stellvertretenden Justizministers von Washington D.C. erklärte, wie dieses Ergebnis zustande kommt: „Von 100 Kapitalverbrechen werden 50 der Polizei gemeldet. Für 12 der 50 gemeldeten Fälle wird jemand verhaftet. Von den 12 werden 6 einer Straftat überführt, nicht notwendigerweise der gemeldeten Tat. Von den 6 Überführten kommen 1,5 ins Gefängnis.“

Wie steht es mit den Verbrechen, die die Öffentlichkeit zum Kochen bringt – Mord, Sexualdelikte, Strassenüberfälle? Schützt nicht das Einsperren der Täter die Öffentlichkeit vor ihnen?

In den letzten Jahren lag die Rate „vorsätzlicher Tötung“ über 15 000. Darum müssen wir der schaurigen Tatsache ins Auge sehen, dass innerhalb der nächsten 12 Monate ungefähr diese Anzahl Menschen ein gewaltsamer Tod durch die Hand eines Killers ereilen wird. Aber es ist auch klar, dass der Mörder der morgigen Schlagzeile heute Nacht in der Gemeinde ist. Von denen, die geschnappt, angeklagt und eingesperrt werden, ist die Zahl derer, die einen zweiten Mord begehen würden, wenn man sie laufen ließe (die meisten werden freigelassen) so klein, dass sie nicht einmal in den von Kriminologen so geschätzten „Rückfälligkeitsstatistiken“ aufgeführt wird. Eine Untersuchung der „Anwaltskammer von Philadelphia“ ergab, dass von 215 wegen Mordes verurteilten Personen, die frühzeitig begnadigt worden waren, nur sieben wieder verhaftet wurden und nur einer – oder 0.5% - wegen Mordverdacht. Mörder sind, wie jeder Gefängniswärter und jeder Bewährungshelfer bestätigen wird, häufig Musterhäftlinge und bedeuten die geringste „Gefahr“ von allen; die meisten könnten unverzüglich freigelassen werden, ohne die öffentliche Sicherheit im Geringsten zu bedrohen. Im Allgemeinen haben sie aufgestaute persönliche Frustrationen an einem Familienteil ausgelassen, die meisten bereuen es, die wenigsten wiederholen es – ausgenommen natürlich „Psychopaten“ und in diesem Fall gehören sie nicht ins Gefängnis.

Von denen, die für Sexualdelikte verurteilt werden (und danach für immer und ewig als „Sexualstraftäter“ in den Polizeiakten gezeichnet sind) haben weniger als 5% Gewalttaten begangen. Die anderen 95 % sind entweder für Taten eingesperrt, die, obwohl sie ärgerlich sein mögen, niemanden schaden (wie Voyeurismus oder Exhibitionismus) oder für sexuelle Verhalten, die willkürlicherweise als „kriminell“ eingestuft wird, wie „Unzucht mit Kindern“, Homosexualität und die mysteriösen „unaussprechlichen Verbrechen gegen die Natur“, die, wie bekannt ist, viele konventionell verheiratete Paare auch „begehen“. Entgegen einem verbreiteten Mythos werden aus nicht-gewalttätigen Sexualstraftätern fast nie gefährliche Vergewaltiger oder Sexunholde; ebenso wenig sind gewalttätige Sexualstraftäter

Gewohnheitstäter – nur Mord weist augenblicklich eine niedrigere Rate von Wiederholungstätern auf.

Was nun die Straßenräuber betrifft, so werden von ihnen nur die wenigsten befasst, da es in der Natur ihres Verbrechens liegt, des Nachts oder an wenig belebten Plätzen zuzuschlagen. New York – von den Einwohnern auch „Fear City“ genannt – befindet sich heute im Banne eines fast handgreiflichen Terrors von Strassenüberfällen, Straßenraub und Schlägereien. Ein weißer New Yorker aus der Mittelschicht sagte mir: „Die Leute hier haben vor drei Sorten von Kriminellen Angst: vor unterprivilegierten Schwarzen und Puertoricanern, vor Drogensüchtigen und vor durchgedrehten Psychopathen. Das bedeutet Kriminalität für die Leute.“ Seine Ansicht wird zweifellos von vielen Slumbewohnern, die ja am meisten unter solchen Verbrechen leiden müssen, geteilt.

Ist aber das Gefängnis die Lösung auch nur eines der angesprochenen Probleme – Armut, Drogenabhängigkeit, Geisteskrankheit? Wenn dem so wäre, müsste wenigstens die halbe Stadt in ein Gefängnis verwandelt werden, um New York vor allen an diesen Problemen Leidenden zu schützen. Außerdem wäre es unter solchen Umständen ratsam, nicht einen der Gefangenen wieder heraus zu lassen, denn es wird im allgemeinen auch zugegeben, dass die Leute aus dem Gefängnis „schlimmer“ rauskommen als sie reingekommen sind.

Das ist genau das, was Gouverneur Rockefeller als Lösung des New Yorker Drogenproblems vorgeschlagen hat. Er würde alle Personen, die nachweislich mit Heroin, LSD, Amphetaminen, Barbituraten und Haschisch handeln, lebenslanglich einsperren, ohne die Chance auf Begnadigung. Das Gleiche sollte seiner Meinung nach mit Gewaltverbrechern geschehen, die die Tat unter Drogeneinfluss begingen. Was dieser Vorschlag zum Beispiel für Kalifornien bedeuten würde, hat Charles Howe vom „Chronicle“ analysiert: Es gibt in Kalifornien schätzungsweise 60 000 Heroinsüchtige, von denen wenigstens die Hälfte mit Drogen handelt, um ihren Eigenbedarf finanzieren zu können. 1971 wurden dort 56700 für Herstellung oder Verkauf von Heroin oder anderen illegalen Drogen verhaftet. Wenn 20 000 von ihnen überführt und lebenslanglich eingesperrt würden, schrieb Howe, müssten 50 neue Gefängnisse gebaut werden, die je über 10 Millionen Dollar kosten würden. Er schätzte die laufenden Kosten für die lebenslange Haft auf 4 Milliarden Dollar. (Seine Annahme ist zu niedrig; gemessen an den Ausgaben der Justizvollzugsverwaltung in den Jahren 1972/73 würden sie über 5 Milliarden Dollar liegen.) Unterdessen würden diejenigen, die nicht geschnappt würden, höchstwahrscheinlich ihren Handel weiter betreiben und ihre Zahl stiege weiter. In New York gibt es schätzungsweise 150 000 Drogenabhängige. Von Howes Aufstellung ausgehend bedeutete Rockefellers Vorschlag, dass 125 neue Gefängnisse gebaut werden müssten, Gesamtkosten: 1,25 Milliarden, und die lebenslange Einkerkierung von 50 000 New Yorkern, was jährlich 9 Milliarden kostete.

Die Durchführung von Rockefellers Vorschlag hätte hauptsächlich eine kriminalitätsfördernde Auswirkung. „Jedes neu herausgekommene Gesetz gegen Narkotika“, darauf weist Aryeh Neier hin, Geschäftsführer der „Liga zur Verteidigung der Bürgerrechte“, „hat nur eine Wirkung, nämlich dass die Preise für Heroin anziehen und die Abhängigen zwingt, zusätzliche Eigentumsdelikte zu begehen, um ihre Sucht bezahlen zu können.“

Es wird angenommen, dass Süchtige für mehr als 50 % der Eigentumsdelikte in New York verantwortlich sind. Anfang des Jahrhunderts gab es mehr Süchtige in den USA als heute (der typische Süchtige in jenen Tagen war eine wohlhabende weiße Frau über 40, nur 7% der Narkotiker stammten aus „unteren Schichten“), aber weil Drogen billig und legal erhältlich waren, verursachten sie kein Verbrechensproblem. Die „Liga zur Verteidigung der Bürgerrechte“ befürwortet daher die Übernahme der englischen Regelung, nach der Heroin

und andere Drogen von Ärzten den Süchtigen legal verschrieben werden können; eine Regelung, die die „Consumers Union“ (Verbraucherverband) als großartige empfiehlt, weil auf diese Weise der Bedarf nach einem schwarzen Markt für Heroin beseitigt werde.

Welche Verbrechen werden nun von Psychopathen begangen? Mir fällt ein Gespräch mit einem Freund aus New York ein. Eine seiner Mitarbeiterinnen, eine junge Frau Anfang 20, war während der Mittagspause in eine Kirche von Manhattan gegangen und kniete zum Beten nieder. Ein unbekannter Angreifer fiel sie an, schlug sie brutal, zerschnitt ihr mit einem Rasiermesser das Gesicht, stahl ihre Handtasche und verschwand im mittäglichen Gewühl. Dies ist natürlich eine perfekte Gruselgeschichte, die in verschiedenen Abstufungen unglücklicherweise passieren kann, sobald zwei oder drei New Yorker zusammen sind. Ich habe dieses von dutzenden Vorkommnissen der sensationellen Untertöne wegen ausgewählt: das unschuldige jugendliche Opfer, das gerade betete, die eigenartig wilde Art des Angriffes ... - aber was folgt daraus? Die Drohung der Gefängnisstrafe schreckte den Angreifer offensichtlich nicht ab. Er wäre auch nicht, wenn man ihn geschnappt und eingesperrt hätte, „resozialisiert“ worden.

Der Freund, der mir diese Episode berichtete, tat so, als sei sie ein Argument gegen die Abschaffung der Gefängnisse: „Was würdest du denn wohl mit solchen Typen machen?“ Aber in diesem Fall wurde ja die Person, die diese scheußliche Tat vollbracht hat, nie gefasst – und sollten dann die anderen Gefangenen (die größten Teils nichts dergleichen getan haben) für jenes Verbrechen bestraft werden? Verbrechen wie dieses, die Schrecken und Abscheu hervorrufen, rufen diese erregten Reaktionen ihrer psychotischen und außergewöhnlichen Art wegen hervor. Die Frage ist darum, ob das Gefängnis ein annehmbares Mittel ist, mit derartigem Verhalten fertig zu werden und ob es lohnt, an dem monströsen Gefängniswesen mit all seiner Grausamkeit und Irrationalität festzuhalten, nur um die Illusion aufrechtzuerhalten, dass wir dadurch vor solchen planlos-sinnlosen Gewalthandlungen geschützt sind.

In welchem Maße wirkt die Furcht vor dem Gefängnis abschreckend? Offensichtlich sind diejenigen, die verhaftet und überführt werden, nicht abgeschreckt worden und aus der großen Zahl von Wiederholungstätern muss gefolgert werden, daß die Gefängniserfahrung nicht auf den Pfad der Tugend führt.

Kriminologen zerbrechen sich nun den Kopf über den Grad der abschreckenden Wirkung, die die Angst vor dem Gefängnis auf die gesamte Bevölkerung ausübt; die meisten sind zu dem Schluss gekommen, dass der Durchschnittsbürger auf diese Weise hauptsächlich durch die Angst vor „Schande“ von jeder Berührung mit dem Gesetz abgehalten wird; er hat hauptsächlich vor der Verhaftung Angst. Die meisten von uns können das aus eigener Erfahrung bestätigen. Wir werden von zu schnellem Fahren durch das entsetzliche Sirenengeheul der „Highway Police“ abgehalten – aber werden wir nur durch die Furcht vor der Hinrichtung oder lebenslanger Haft davon abgeschreckt, unsere Freunde und Verwandten umzubringen?

Der „California Assembly Committee of Criminal Procedure“ (Parlamentsausschuss für die Strafprozessordnung in Kalifornien) hat 1968 einen Bericht über die abschreckende Wirkung von Sanktionen veröffentlicht; untersucht wurde sie anhand von Verbrechen, für die die Strafen in letzter Zeit drastisch verschärft wurden. Die Auswirkung verschärfter Strafen auf die Verbrechensquote wurde an einem Gewaltverbrechen und an einer opferlosen Straftat aufgezeigt: Polizistenmord und Herstellung von Marihuana.

Vor 1961 konnte eine Person, die irgendjemanden mit einer tödlichen Waffe bedrohte, von einem Jahr Gefängnis bis zu zehn Jahren Zuchthaus bekommen. Bis 1966 wurde das Strafmaß für Angriffe mit einer tödlichen Waffe auf Polizisten vom Gesetzgeber auf fünf Jahre bis lebenslanglich Zuchthaus heraufgesetzt. Im gleichen Zeitraum, 1961 bis 1966, stieg die Zahl der Angriffe auf Polizisten in Los Angeles von 8,4 % je 100 Beamte auf 15,8 – ein Anstieg von 90 %. So war es fünf Jahre nach ständiger Strafverschärfung doppelt so wahrscheinlich für einen Polizisten in Los Angeles, angegriffen zu werden, als vorher.

1961 wurde die fakultativ zu verhängende Strafe von einem Monat bis zwölf Monate für Herstellung von Marihuana vom Gesetzgeber in eine notwendig zu verhängende Strafe von einem Jahr bis zehn Jahren Zuchthaus umgewandelt. 1961 wurden weniger als 3500 Personen für Marijuanavergehen verhaftet, 1966 aber 18 000 – ein Anstieg von mehr als 400 %; und das trotz der in allen Zeitungen publizierten gesetzlich verfügbaren Strafverschärfung.

Als weiteren Beweis, dass lange Gefängnisstrafen nicht abschreckend wirken, sondern einen gegenteiligen Effekt haben, zitiert das Komitee einige Untersuchungen. Die überzeugendste von ihnen entstand aus einer Entscheidung des Obersten Gerichtshof der USA, in der das Gericht das Recht bestätigt, dass Arme, die eines Schwerverbrechens angeklagt sind, einen Rechtsbeistand gestellt bekommen. Als Konsequenz dieser Entscheidung musste der Staat Florida 1252 mittellose Gefangene freilassen, lange bevor sie ihre Strafe abgesessen hatten, weil sie ohne Rechtsbeistand verurteilt worden waren. Das Justizministerium von Florida ließ eine Studie über diese Frühentlassenen erstellen; sie verglich die Rückfälligkeit von ihnen mit einer gleichen Anzahl von Gefangenen, die die volle Strafzeit absitzen mussten.

Ergebnis: 29 Monate nach der Entlassung waren 25 % der Gefangenen, die die volle Strafzeit abgesessen hatten, wieder rückfällig geworden, während es von den frühzeitig Entlassenen nur 13,6 % waren.

Die US Anwaltskammer („American Bar Association“) kommentierte diese Studie: „Offen gesagt (...) wenn wir heute alle Gefangenen freiließen ohne Ansehen der Länge ihrer Strafe und – mit einigen Ausnahmen – ohne Ansehen ihrer Taten, würde die Rückfälligkeitsquote geringer werden, als wenn jeder Gefangene seine Strafe absitzen müsste.“

Das „Assembly Committee“ schloss aus diesen Erkenntnisse, dass die „Länge der abgesessenen Zeit keinen messbaren Einfluss auf die Kriminalität unter den entlassenen Straftätern hat“, und dass „die Strafzeiten reduziert werden können, ohne die Rückfälligkeit zu erhöhen.“ Weiter stellt es fest, „dass in offiziellen Statements zwar nicht die Unfähigkeit der Gefängnisse zu resozialisieren übersehen wird, *aber* die aktive Rolle der Gefängnisse bei der Kriminalitätsförderung.“ Die nahe liegende Frage – nämlich: wenn die Gefängnisse abgeschafft werden und die „abzusitzende Zeit“ auf Null reduziert ist, hätte nicht dies eine messbare Auswirkung für die Kriminalität? – stellt das Komitee leider nicht.

5. Das Massachusetts – Experiment

Ein Experiment, das gerade in Massachusetts durchgeführt wird – das erste seiner Art im Land – mag zu einer Antwort auf jene Frage führen.

Während der 60er Jahre waren die Jugendgefängnisse in Massachusetts, die offiziell als „staatliche Ausbildungsschulen“ bezeichnet wurden und deren Insassen straffällige oder verwahrloste Kinder im Alter von 7 bis 17 Jahren waren, bekannt für ihre schrecklichen Lebensbedingungen, Überfüllung und Brutalität.

Im Oktober 1969 ernannte der Gouverneur einen neuen Minister für Jugendangelegenheiten, Dr. Jerome Miller, der bekannt gab, dass es sein Ziel sei, alle Jugendgefängnisse im Land abzuschaffen.

Er sagte, die Kosten, einen Jugendlichen gefangen zu halten, betrügen 10 000 Dollar pro Jahr „genug, ihn mit 100 Dollar Taschengeld die Woche zur Harvard-Uni zu schicken und einen Urlaub in Europa zu bezahlen.“ (Eine Rechnung, die ich von Gefängniskritikern überall zu hören bekam.)

Er teilte der Presse folgendes mit: „Wir haben eine Grundsatzentscheidung getroffen. Es würde nichts Gutes bewirken, mehr Geld und mehr Hilfsmittel in das bestehende Vollzugssystem zu pumpen, weil das System Reformen schneller ruiniert, als man sie erträumen kann. Das System ist krank und die größten Anstrengungen der in ihm Tätigen werden zunichte gemacht; und so haben wir beschlossen, nach Alternativen Umschau zu halten.“

In den ersten zwei Jahren von Dr. Millers Amtszeit wurde die Population der Jugendstrafanstalten halbiert, von 1200 oder 1500 auf 650 oder 750. Im Herbst 1972 wurde die Anzahl der Insassen auf unter 100 verringert, das sind weniger als 6% der ursprünglichen Population.

Die ehemaligen Gefangenen konnten zu ihren Familien zurück, oder zu Pflegeeltern, in Vorbereitungsschulen, die hauptsächlich von Jugendlichen aus der Mittel- und Oberschicht besucht werden, in Wohngemeinschaften, wo sie kommen und gehen können, wie sie wollen. „Wir erlauben keine verschlossenen Türen oder Handschellen“ sagte Dr. Miller. Ein Jugendlicher, der an einem dieser Programme teilnimmt, wird nicht wieder eingesperrt, wenn er eine weitere Straftat begeht, sondern einem anderen Programm übergeben. Einige der älteren Jungen und Mädchen werden ermutigt, ihre eigenen Plätze zum Leben zu suchen und bekommen als Starthilfe eine Unterstützung zwischen 5 und 90 Dollar wöchentlich. Nur eine Gruppe von 40 oder 50, die als „ernste Bedrohung“ eingestuft werden, sind in einer übrig gebliebenen „Sicherungsanstalt“ untergebracht und befinden sich in der Obhut einer privaten Gruppe von Ex-Gefangenen. Weitere 50 bis 60 Jugendliche, die als „geistig behindert“ beurteilt werden, sind in speziellen psychiatrischen Anstalten.

(Trotz der Schließung der meisten Anstalten war die Einsparung nicht so groß wie erwartet, weil es bis Mitte 1972 nicht möglich war, passende Jobs für die ehemaligen Wärter zu finden. Die Wärter waren auch ihrem Temperament und ihrer Einstellung nach nicht geeignet, als Pflegeeltern zu dienen, so wurden sie weiter bezahlt und bewachen nun die leeren Gefängnisse. Dennoch konnte das Ministerium 2 Millionen Dollar seines 10-Millionen-Etats an die Staatskasse zurückgeben)

Miller hat tatsächlich kein Interesse an „allgemeiner Abschreckung“, was, wie er sagt, eine Mittelschichtvorstellung sei, die nicht auf die seinem Ministerium anvertrauten Jugendlichen anwendbar ist. Er geht davon aus, dass Gefangennahme und Drohung mit Gefangennahme keine kriminalitätsverringende Wirkung hat. Im Januar 1973 schienen seine Ansichten empirisch bestätigt zu sein: Vorläufige Berichte zeigten, dass es zu keinem erkennbaren Anstieg der Jugendkriminalität als Resultat der Stilllegung der Gefängnisse gekommen war – wenn diese Maßnahme überhaupt eine Auswirkung hatte, dann die, daß es einige Verhaftungen weniger gegeben hatte. Mehr noch, seit der Schließung der Jugendstrafanstalten hat es eine starke Verringerung der Gewalt unter den Jugendlichen, die dem Ministerium anvertraut sind, gegeben.

„Die Anstalten erzeugen Gewalt“, sagte Miller. „Die Kinder da herauszuholen, bedeutet eine Entspannung der Atmosphäre.“

Die neuen Programme sind nicht auf die beschränkt, denen Bagatellfälle zur Last gelegt werden, sondern sie beziehen Täter aller Kategorien ein, wie mir Dr. Miller sagte. Es gab vier oder fünf, die wegen Mordes festgenommen worden waren, zahlreiche Jugendliche, die bewaffnete Raubüberfälle oder schwere Körperverletzung durchgeführt hatten – sie alle leben in offenen Einrichtungen: „Anstalten sind keine Antwort auf ihre Probleme, auch nicht, wenn man die Jugendlichen festhält, bis sie erwachsen sind. Die meisten brauchen keine Behandlung in Institutionen, sie brauchen ihr eigenes Zuhause mit zusätzlicher Hilfe, die wir ihnen durch College- Studenten, die wie ältere Brüder handeln, gewähren.“ Die 80 bis 100, die in geschlossenen Anstalten verbleiben, haben „wirklich verrückte, unheimliche Verbrechen“ begangen, und selbst in diesen Fällen ist es Millers Ziel, sie möglichst bald in die Gemeinschaft zurückzulassen.

6. Auswertung des Massachusetts- Experiments

Ein „Committee for the Study of Incarceration“ (Kommission zur Untersuchung der Haftbedingungen) wertete das Experiment aus. In einem unveröffentlichten Arbeitspapier wird festgestellt, dass es eine ernstzunehmende Alternative zur traditionellen Freilassung auf Bewährung darstelle, weil nur eine Ausleseverfahren stattfindet: diejenigen, die keine große Gefahr darstellen, werden nicht eingesperrt. In Massachusetts „findet erstmals ein echter Versuch der Entinstitutionalisierung statt, der nicht nur eine Fortsetzung der traditionellen Ausleseverfahren ist“, da die jugendlichen Straftäter die wahrscheinlich (oder tatsächlich) weitere Verbrechen begehen, nicht wieder eingesperrt werden. Wie dem auch sei, der Entinstitutionalisierungsprozeß ist nicht vollständig, „da gewisse Gruppen mit speziellen Risiken – namentlich `gefährliche` Täter und `psychologische` Fälle – weiter in geschlossenen Anstalten sind.“

Es gibt mehrere problematische Punkte in der Alternative von Dr. Miller zum Gefängnis. Das Komitee weist darauf hin, dass sie eine Menge Tradition des „Modells der individuellen Behandlungsweise enthält“, das den Gefangenen über ein halbes Jahrhundert lang so viele Ungerechtigkeiten angetan hat. Die Sozialarbeiter können nach Gutdünken handeln; es gibt keinen eindeutigen Maßstab, mit dem festgestellt werden kann, ob ein Täter in eine disziplinierende Anstalt oder ein Heim mit weniger Bevormundung gehört. Hier kommt das „allgemeine Problem der Ungleichheit der Behandlung, der Beurteilung und der Vorhersage“, das die gut gemeinten Reformprogramme der Vergangenheit verunstaltet hat, wieder zum Vorschein. Alles hängt von der Einstellung des Personals ab; sollte das gegenwärtige engagiert-kinderorientierte Personal eines Tages durch mehr an Disziplinierung und Strafe orientierte Typen abgelöst werden, könnte sich die ganze Tendenz des Programms über Nacht ändern.

Ich habe das Experiment aber nicht angeführt, um diese Diskussion fortzuführen, sondern als gegenwärtig einziges Beispiel einer Entinstitutionalisierung der Verbrechensbekämpfung und deren Auswirkungen auf die Kriminalität und auf die „Abschreckung“.

Was für Folgerungen zieht Dr. Müller aus dem offensichtlichen Erfolg dieses Experimentes im Bezug auf die Gefängnisse für Erwachsene?

„Auf die Gefahr hin, naiv und simpel zu klingen, glaube ich, dass die gleiche Methode für die Straftäter aller Altersstufen durchgeführt werden könnte. Unter 1000 Gefangenen sind wahrscheinlich nicht mehr als 20, die nicht risikolos auf die Strassen gelassen werden könnten.“

7. Wer „gefährlich“ ist ...

Die Feststellung, dass 75%, 80% oder 90% der Gefangenen schon morgen freigelassen werden könnten, ohne der Gesellschaft gefährlich zu werden und ohne die Zahl der Verbrechen zu erhöhen, wird erstaunlicherweise in Kreisen der Gefängnisverwaltung allgemein akzeptiert. Selbst die schärfsten Direktoren der verruchtesten Gefängnisse werden solche Zahlen nennen. Demnach bilden 10% bis 25% der Gefangenen einen „harten“ Kern von Verbrechern, die „zu gefährlich“ sind, um auf die Gesellschaft losgelassen werden zu können. Ronald Goldfab und Linda Singer berichten in ihrer eingehenden Studie („Nach der Verurteilung“); „Wir haben jeden praxiserfahrenen Gefängnisdirektor, den wir kannten, gefragt, wie viele der gegenwärtig Einsitzenden wirklich eingesperrt sein müssten, um die Öffentlichkeit vor Angriffen zu schützen. Alle stimmten darin überein, dass nur eine kleine Minderheit der augenblicklichen Insassen – die meisten Schätzungen lagen zwischen 10% und 15% - als so gefährlich angesehen werden könnten.“

Wenn die Vollzugsbeamten beim Wort genommen und 90% der Gefangenen befreit würden, so wäre dies ein großer Schritt in der Richtung auf die Abschaffung der Gefängnisse.

Allerdings ist das Konzept der „gefährlichen 10%“, das das Gefängnis als Platz für ihre Sicherheit vorsieht, selbst äußerst gefährlich. Die so Gebranntmarkten können mit Hilfe der Strafe von unbestimmter Dauer für fast ihr ganzes Leben in „Sicherheitsverwahrung“ festgehalten werden.

Jemand entscheidet, wer gefährlich ist. Die Entscheidung liegt als erstes beim urteilenden Richter und es gibt keine Einigkeit unter den Richtern, was „gefährlich“ ist. Ein Kriminologe erzählte mir von einem juristischen Seminar für Landesrichter, in dem jedem Richter das Strafregister eines fiktiven Angeklagten vorgelegt wurde. „Die Verschiedenartigkeit der vorgeschlagenen Strafen war unglaublich“ sagte er. „Für dieselbe Tat hätte der eine Richter Bewährungsfrist gegeben, ein anderer 20 Jahre Zuchthaus.“

Ist ein Mensch einmal dem Gefängnis übergeben, liegt die Entscheidung über seine „Gefährlichkeit“ bei seinen Wächtern.

Eine Diskussion über dieses Thema fand auf einem Forum des „American Friends Service Committee“ im Februar 1973 statt. Mr. Philip Guthrie vertrat das kalifornische Justizministerium. Eine Frau aus dem Publikum fragte ihn: „Wer ist gefährlich?“

Üblicherweise wird auf allen Ebenen der Vollzugsorgane gesagt, dass jemand, der gegen Inhumanität in den Gefängnissen protestiert oder Widerstand leistet, zum Beispiel mit Hungerstreik oder Arbeitsverweigerungen, ein „gefährliches Element“ geworden sei. Ist es nicht so, dass „gefährlich“ bei denen, die das System betreiben, nur heißt, dass jemand ihrer Autorität widersteht?“ Darauf Mr. Guthrie: „Genau. Ich glaube, wenn Sie fragen, wer eine gefährliche Person ist, würde jeder hier im Raum eine andere Definition vorlegen. In Sacramento, im Justizministerium oder in den Anstalten selbst haben wir auch keine Antwort.“

Sei es, wie es wolle, das Etikett „gefährlich“ wird von der Obrigkeit zunehmend gebraucht, um Kritiker und politische Militante in den dunklen Verliesen der Gefängnisse verschwinden zu lassen. Der Fall von George Jackson, der 11 Jahre seines kurzen Lebens im Gefängnis verbracht hat, meistens in Einzelhaft, für das ursprüngliche Vergehen, 70 Dollar gestohlen zu haben, ist heute in der ganzen Welt bekannt. Sein Buch „Soledad Brother“ wurde von entschiedenen Kritikern hier und im Ausland gepriesen. „Die Stimme eines freien Schwarzen im weißen Amerika.“ – „Briefe, die das geistige und politische Wachstum eines

außergewöhnlichen Mannes bezeugen“. – „Ein Werk, das die Liebe, die Festigkeit und den revolutionären Eifer reflektiert, charakteristisch für einen Mann des Volkes.“ – Ganz anders ist die Ansicht von L.H. Fudge, stellvertretender Leiter eines kalifornischen Gefangenenlagers: „Dieses Buch gibt bemerkenswerten Aufschluss über den Persönlichkeitsaufbau eines äußerst gefährlichen Soziopathen. (...) Dieser Typus ist nicht ungewöhnlich in vielen unserer Einrichtungen. Wegen seiner Kraft und zunehmenden Verbreitung ist es nötig, dass wir in den Vollzugsanstalten so viel als möglich über seinen Persönlichkeitsaufbau wissen, um in der Lage zu sein, ihn korrekt zu identifizieren. (...) Dies ist eins der entlarvendsten und aufschlussreichsten Bücher, die ich je im Bezug auf eine kriminelle Persönlichkeit gelesen habe.“

8. Das Gefängnis als politische Waffe der Herrschenden

In der Tat ist eine Funktion des Gefängnisses, die oft genug geleugnet wird, Zwangsausübung. Die Unterscheidung zwischen Abschreckung und Zwang ist bedeutsam. Es ist eine Sache zu sagen, du sollst dies und jenes nicht tun, und es ist eine ganz andere Sache zu sagen, du musst das und das tun. Ein Beispiel mag das Wehrpflichtgesetz sein: Du musst dich mustern lassen. Du musst deine Einberufung akzeptieren und du musst töten, wenn der vorgesetzte Offizier es befiehlt. Die Weigerung, dies zu tun, wird mit Gefangennahme geahndet. Hier ist Gesetz und Gefängnis Mittel des Zwanges für die politische Polizei.

In den 60er Jahren wurde die Funktion der Gefängnisse als Mittel zur politischen Disziplinierung offensichtlich, nicht nur im Hinblick auf Kriegsdienst und Vietnamkrieg, sondern auch im Hinblick auf Vorschriften, wo die Menschen essen, im Bus sitzen, Wasser trinken oder pinkeln dürfen. Die Zahl der Menschen, die bei der Ausübung solcher politischen Gewalt eingesperrt wurden, ging in die Tausende. Der Ausdruck „politischer Gefangene“ wurde gebräuchlich.

9. Alle Gefangene sind politische Gefangene

Der Ausdruck „Politischer Gefangene“ wurde von Gefangenen übernommen, die für Taten einsitzen, die im gewöhnlichen Sinne nicht als politisch angesehen werden. Sie argumentieren, dass sie Opfer der Klassenherrschaft und/ oder der Rassendiskriminierung seien, dass sie durch die Gefangenensetzung gezwungen werden sollen, sich dem Status quo der Armut, Unwürde und Ungerechtigkeit zu fügen.

Huey Newton unterscheidet zwei Arten von politischen Gefangenen: „Erstens gibt es die Majorität der Gefangenen, Bastarde des Kapitalismus. Es sind die Arbeitsunfähigen. Die Schwarzen, Braunen und die armen Weißen, die keine Wahl, keine Methode haben, an den guten Dingen des Lebens teilzuhaben, als in die etablierte Welt einzubrechen. Sie mögen kein politisches Bewusstsein haben, aber ihr Angriff auf die Eigentumsordnung, der ja durch die ständige Arbeitslosigkeit bestimmter Volksschichten im Kapitalismus provoziert wird, ist gewissermaßen politisch.

Dann gibt es die wahren politischen Gefangenen, diejenigen, die wie die Black Panthers die Rechtmäßigkeit der bestehenden sozialen Ordnung nicht akzeptieren (...), ihnen ist bewusst, warum sie im Gefängnis sind; sie wissen, dass der etablierte Kapitalist von der Ausbeutung der Unterdrückten lebt, dass aber der Bastard des Kapitalismus auch nur eine soziale Ordnung

fortsetzt, in der die Privilegien einiger auf der Armut und Ohnmacht anderer beruhen. Zahl und Einfluss der wahren politischen Gefangenen wachsen ständig; sie sind eine echte Gefahr für das Gefängnisssystem.“

Newtons Analyse der ersten Kategorie von Gefangenen wird durch Samuel Jordan bestätigt, der sich im pennsylvanischen Strafsystem auskennt. Im „Criminal Law Bulletin“ (Strafgesetzbulletin) schreibe er: „Von 1, 2 Millionen kriminellen Tätern, die sich in den Klauen des Strafvollzugssystems in den Vereinigten Staaten befinden, sind 80% aus den 12% der untersten Einkommensschichten, oder schwarz und arm. (...) Diese Tatsachen beweisen, dass das Gefängnisssystem systematisch als Waffe benutzt wird. Als Waffe gegen die Armen, besonders die farbigen Armen.“

10. Die Reformisten

Samuel Jordan unterscheidet drei Gruppen von Gefängnisreformern.

- (a) es gibt diejenigen Reformer, die Verbrecher und Verbrecher neu definieren und eine Anzahl opferlose Vergehen entkriminalisieren wollen: „Es ist kein Zufall, dass diese Bestrebungen hauptsächlich jungen Weißen aus Mittelschichtsfamilien, die wegen Marihuana und anderer „entschuldbarer“ Vergehen im Gefängnis sitzen, zugute kämen.“ In diesem Zusammenhang ist es interessant anzumerken, dass in der Liste der Drogen, für deren Handel Gouverneur Rockefeller lebenslange Haft vorschlägt, Marihuana fehlt. Könnte es nicht deshalb sein, weil er seine jungen pot-rauchenden Verwandten nicht im Knast sehen möchte? Auf der anderen Seite: Sollte Jordan nicht solche Vorschläge unterstützen wie den der ACLU, Heroinvergehen zu entkriminalisieren, deren Bestrafung heute besonders junge Schwarze und Braune trifft?
- (b) Die zweite Gruppe der Reformer nennt Jordan die „bourgeois Humanisten“. Sie wollen „Sozialfürsorger, drei gute Mahlzeiten am Tag, Arbeitsentlastungsprogramme, Vorzugsblöcke für Musterhäftlinge, Filme.usw.“ einführen. Diese Bestrebungen führen zu „scharfer Schichtung (...); die Insassen werden dazu veranlasst, zusätzlich zu den bestehenden Gruppenspannungen um Ehrenverdienste zu konkurrieren. Vielleicht betrachtet der bourgeoise Humanist diese Konkurrenz ja als angemessene Vorbereitung für ein erfolgreiches Zurückkehren in seine Gesellschaft.“
- (c) Die dritte Sorte Reformer bilden die „bourgeois Realisten“, die alle Dinge in Dollar und Cent umrechnen und einfach sagen, Gefängnisse seien zu kostspielig und erfüllten ihre Aufgabe nicht: „Glücklicherweise ist der reformerische Realist heute davon überzeugt, dass Gefängnisse eine Fehlinvestition sind und er versucht, die Gelder irgendwo anders profitabler anzulegen.“

Es hat sich während der letzten Gefängnisaufstände, so Jordan, „gezeigt, dass das Gefängnisssystem unfähig ist, seine kontroll- und Disziplinierungsfunktion, für das es vorgesehen ist, zu erfüllen. (...) Gefängnisse sind unbrauchbar und lästig geworden.“ Darum sehen alle Reformer es als ihre Aufgabe an, „die Gefängnisse zu einer lebensfähigen Institution im amerikanischen Leben zu machen“, ihr Ziel ist es, „die Gefängnisse funktionsfähig zu machen.“

Abschließend stellt er fest: „Der Gefängnisreformer ist, bewusst oder nicht, Agent des Kapitalismus, Gebrauchsgüterhändler. Es ist seine Mission, die Risse im wichtigsten Kontrollmechanismus der Gesellschaft zu verputzen.“

11. Negative und positive Reformen

Die Gefangenen sind nicht die einzigen, die erkennen, dass Reformen auf lange Sicht das System nur festigen, weil sie die Gefängnisfassaden aufpolieren und so das öffentliche Gewissen beruhigen.

Eine taktische Frage, die viele politische Aktivisten quält, die im Kampf zur Verbesserung der Gefängnisbedingungen und zur Erweiterung der Rechte der Gefangenen stehen, ist, ob ihre Erfolge in diesem Kampf nicht dazu beitragen, den Gefängnissen Rechtfertigung zu verschaffen und auf diese Weise helfen, das System zu festigen. Wie Professor Cohen fragt: „Erreicht man die Einschränkung oder sogar die Abschaffung der Gefängnisse durch die Einführung von Dingen wie das Recht darauf „Playboy“ zu lesen, öfters Feiern zu dürfen. Dienstaufsichtsbeschwerden zu schreiben, unzensurierte Post zu schreiben und zu erhalten?“ Ein Anwalt sagte darauf: „Ich bin nicht der Typ dafür, meinen gefangenen Klienten zu sagen, er solle bis zur Revolution in Einzelhaft aushalten.“

Eine ähnliche Antwort habe ich von einem Gefangenen erhalten, den ich fragte: Sollen die Gefängnisse abgeschafft werden? Sollen sie reformiert werden? Siehst du Reform und Abschaffung als gegensätzliche Ziele an? Er schrieb darauf: „Natürlich sollten die Gefängnisse abgeschafft werden. Aber lass darum die Reform nicht sein. Wenn ich Krebs habe, warte nicht, bis eine endgültige Heilmethode erfunden ist, ehe du mich behandelst“

Darum ist es nötig, zwischen zwei Arten von Reformvorschlägen zu unterscheiden: Denjenigen, die zu einer Stärkung der Gefängnisbürokratie führen werden, entworfen, um das System zu festigen und zu verewigen, und denjenigen, die bis zu einem gewissen Grade die ganzen Voraussetzungen des Gefängniswesens herausfordern und in die Richtung ihrer eventuellen Abschaffung zielen.

Zur ersten Art gehören Reformen, die mehr Geld für Therapie anstreben, mehr Gefängnispersonal mit höheren Gehältern, mehr Experten, Anwendung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse bei der „Behandlung“ der Gefangenen, Einrichtung neuer therapeutischer Gefangenengemeinschaften anstelle der alten Festungsgefängnisse. Sie werden im Strafvollzug als wesentlich für die Rehabilitierung der Gefangenen und zur Vorbeugung gegen weitere Unruhen geplant. Sie klingen dem wohlmeinenden Reformern gut, der glaubt, sie machten dem Gefangenen das Leben angenehmer.

In dem Maße, in dem sich die Gefängniskrise weiter verschärft, werden wir zweifellos eifrige Appelle für solche Maßnahmen hören, nicht nur von der Gefängnisbürokratie, sondern auch von jenen Hilfskräften, die an den Gefängnisreformen verdienen wollen. Der Gefängniskrake wachsen neue Arme, genährt von den riesigen Summen, die von Regierungsstellen, Universitäten und privaten Stiftungen verteilt werden. Da gibt es Geld für therapeutische Gefangenengemeinschaften, modellhaft kleine Gefängnisse, Jugendausbildungsanstalten.

1971 verkündete z.B. Justizminister John N. Mitchell, dass die „Law Enforcement Assistance Administration“ (Verwaltung der Hilfsmittel zur Gesetzesvollstreckung) 178 Millionen Dollar bereitgestellt hat für „staatliche und lokale Resozialisierungsprogramme“; für das folgende Jahr war doppelt so viel vorgesehen, was den Gesamtetat der LEAA auf gut eine halbe Milliarde Dollar erhöhte. Eine „Nationale Kreditgesellschaft für Architektur im Bereich der Kriminaljustiz“ würde eingerichtet, sagte er, „um technische Hilfe zur Renovierung bestehender und zur Errichtung neuer Gebäude zu beschaffen.“

Eine Auswahl der staatlichen Unterstützung der Gefängnisforschung verzeichnet z.B.: LEAA 8,5 Millionen Dollar „Manpower Administration“ (Arbeitsmarktverwaltung) 5, 5 Millionen Dollar, „National Institute of Mental Health“ (nationales Institut für geistige Gesundheit) 2,25 Millionen Dollar. Unter den in Arbeit befindlichen Forschungsaufträgen: „Führungsschwäche im Kennedy Youth Center“, „Untersuchung des Einflusses der Angst auf das Verhalten in einer Besserungsanstalt“, „aggressive und reflexive Reaktionen jugendlicher Strafgefangener auf vorhersehbare und unvorhersehbare Ereignisse“, „die Auswirkungen krankhafter Misshandlungen in einer Besserungsanstalt auf Selbsteinschätzung.“

So ist es kein Wunder, dass Architekten, Wissenschaftler und Fachleute mit ausgestreckten Händen Schlange stehen. Mit der Resozialisierungsmaschine kann man ein Vermögen machen und berufliches Prestige erlangen.

In dem Maße, in dem diese Typen es geschafft haben, in das lukrative Geschäft mit dem Gefängnis einzusteigen, ist das Ergebnis unweigerlich weitere Degradierung der Gefangenen gewesen; besonders betroffen sind die Gefangenen, die es wagen, ihre verfassungsmäßigen Rechte zu verlangen oder die Politik der Institution herausfordern.

Reformvorschläge der zweiten Art –meist sind sie mit den Gefangenen selbst abgesprochen – zielen darauf, die Entscheidungsgewalt der Obrigkeit auf der ganzen Linie einzuschränken, die Zahl der Gefangenen zu senken und den Gefangenen jene verfassungsmäßigen Rechte zu verschaffen, die es ihnen ermöglichen, sich zu organisieren und die Ungerechtigkeiten im System zu bekämpfen. Die Autoren von „Struggle for Justice“ definieren: „Positive Reformen sind Aktionen, die die Machtverhältnisse ändern, die die Macht in die Hände der vormem Ohnmächtigen legen, und die das Potential haben, grundlegende Änderungen zu bewirken(...). Die Bewegung für die Rechte der Gefangenen richtet sich direkt gegen das Anwachsen von entfesselter und willkürlicher Macht; sie fordert die Abgabe der Macht von der Administration an diejenigen, die bisher Befehlsempfänger waren.“ Mehr noch, es sind Aktionen zur Wiederherstellung der Menschenwürde der Verurteilten, Aktionen zur Beseitigung des Status der „Nicht-Person“, den Verurteilte traditioneller Weise zugewiesen bekommen.

Wenn man davon ausgeht, dass Gefängnisse als solche schlecht sind und abgeschafft werden sollten, dann muss das erste Prinzip der Reform sein, so wenig Menschen wie möglich so kurz wie möglich einzusperren. Darum sollten viele Handlungen entkriminalisiert werden: Prostitution, Spielen, Landstreicherei, Sexualdelikte, Drogengenuss aller Art. Entlassung nur gegen Kautions sollte beseitigt werden und alle Untersuchungsgefangenen freigelassen werden. Harte Haftstrafen, die in den USA für die meisten Verbrechen länger als in irgendeinem anderen Land sind, sollten radikal verkürzt werden.

Es sollte eine große Menge erzieherischer, medizinischer, psychiatrischer, beruflicher, etc. Hilfen geben, aber sie sollten von der Gefängnisverwaltung unabhängig sein und ohne Druck angeboten werden: der Gefangene soll frei entscheiden, ob er sie annehmen oder ablehnen will und seine Entscheidung soll in keiner Weise die Länge seiner Strafzeit beeinflussen. Bewährungsfristen – bei den Reformern so beliebt als „Hilfeleistung“ und von den Gefangenen so verabscheut als Verlängerung der Gefängnis-Klaverei, sollten abgeschafft werden und durch unkontrollierte Freilassung ersetzt werden – wobei es eine Vielzahl von verschiedenen Hilfsangeboten geben sollte, die für die Männer oder Frauen, die aus dem Gefängnis kommen, auf freiwilliger Basis erhältlich sind.

Die entfesselte Willkür, die die Obrigkeit mit der Strafe von unbestimmter Dauer ausübt, sollte abgeschafft werden. In der Praxis bedeute nämlich die Strafe von unbestimmter Dauer ein Strafsystem im Strafsystem; das eine wird durch die Strafprozessordnung, das zweite

vollkommen willkürlich durch die Prinzipien angelsächsischer Jurisprudenz (=Gewohnheitsrecht) geregelt. In der Tat ist es ein System doppelter Gefahr, in der der Angeklagte zweimal verurteilt wird, einmal im Gerichtssaal und das zweite Mal durch die Bewährungsstelle.

Einflussreiche Stimmen erheben sich, einige Punkte dieses Programms zu unterstützen. Eine von der „Gesellschaft amerikanischer Strafverteidiger“ veranstaltete Konferenz mit Richtern, bekannten Strafverteidigern, Juristen, Kriminologen, Philosophen, Staatsanwälten und sogar ein paar aufgeklärten Leuten aus Gefängnisverwaltungen und Justizministerium wies mit großer Mehrheit die Idee zurück, dass Gefängnisse reformiert werden könnten. Nur zwei Teilnehmer folgten nicht der Überzeugung, „dass es keinen überzeugenden Beweis für die Effektivität von Rehabilitierungsprogrammen im Gefängnis gibt.“

Im Vorwort des Schlußberichts heißt es. „die Konferenz spürte deutlich, dass die Zeit für kleine, schrittweise `Reformen` lange vorbei ist. Stattdessen stellt dieser Bericht den Wert des Gefängnisses als Institution überhaupt in Frage. Beim Formulieren der Ergebnisse bemerkten wir, dass ihre offen ausgesprochene Richtung auf die Beseitigung der Gefängnisse zielt, da die Gefängnisse all zu oft nur ein Weg sind, die von der Gesellschaft Ausgestoßenen einzukerkern.“

Unter den Empfehlungen der Konferenz: „Das unmittelbare Ziel sollte es sein, keine Strafen von unbestimmter Dauer mehr zu verhängen (...) Das Kautionsprinzip sollte verschwinden. Auch diese Maßnahme würde zu einer Verringerung der Gefangenenzahl führen(...) Die Öffentlichkeit hat zwar die Pflicht, ökonomische, soziale, erzieherische und medizinische Hilfsdienste im Gefängnis anzubieten, aber (...) ihre Inanspruchnahme durch die Gefangenen sollte freiwillig sein. (...) Diese Entscheidung sollte ohne Einfluss auf die Länge der Gefangenhaltung sein. (...) Gefangenen sollte es erlaubt werden, sich ohne Furcht vor Repressalien zu organisieren, um sich zu artikulieren und Übelstände bekämpfen zu können.“

12. Die Organisation der Gefangenen

Das Erscheinen von gewerkschaftsähnlichen Gefangenengewerkschaften in den Strafanstalten ist ein neues Phänomen, eine Folge von den Gefängnisrevolten der vergangenen Jahrzehnte. Zum ersten Mal versuchten die Gefangenen, sich zu vereinigen, und verlangen, in eigener Sache sprechen zu können. Die „Prisoners Union“ (Gefangenengewerkschaft), eine nationale Organisation mit Hauptsitz in San Francisco, die von Ex-Häftlingen betrieben wird, koordiniert solche Versuche in Gefängnissen im ganzen Land.

Das 3-Punkte-Programm der „Prisoners Union ist:

“Abschaffung der Strafen von unbestimmter Dauer und all ihre Spielarten;

Garantie der Arbeiterrechte für Gefangene, eingeschlossen des Rechts, sich zu organisieren und Handel zu betreiben,

Wiederherstellung der Bürger-und Menschenrechte für die Gefangenen.“

Um diese Ziele zu erreichen, „organisiert die Gefangenengewerkschaft die Gefangenen in Komitees, die öffentlichen Druck auf das Justizministerium ausüben, die auf die Beseitigung des von oben ausgewählten Gefangenengremiums und seine Ersetzung durch einen einheitlichen demokratisch gewählten Gefangenerrat hinarbeiten und die den uneingeschränkten Zugang zu Rechtshilfemitteln und zur Presse verlangen.“

Trotz der fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, die die Organisation in den Gefängnissen mit sich bringt, hatte die „Prisoners Union“ 1973 schon 3000 Mitglieder in 68 Strafanstalten. Ihre Zeitung – „The Outlaw“, benannt nach einem Untergrundblatt des Streiks von 1968 in

San Quentin – erreicht 5000 Gefangene trotz der Bemühungen der Obrigkeit in vielen Gefängnissen, sie auszuschließen.

Die Vollzugsbürokratie sieht in einer Gewerkschaft der Gefangenen einen Widerspruch zur Strafrechtspflege, weil sie Gemeinschaft bietet und Rechte beschafft, zwei Dinge, die ein Gefangener mit seiner Zivilkleidung während der Zeremonie der Einweisung ablegen sollte. Für die beginnende Gefangenenbewegung besteht allgegenwärtig die Gefahr eines erbarmungslosen Angriffs von Seiten des absolutistischen, besonders für die Korruption der Macht anfälligen Gefängnisregimes. Nur eine informierte, entschlossene und massive öffentliche Unterstützung der Gefangenen kann diese Gefahr abwenden.

Die Gewerkschaftsbewegung der Gefangenen ist kein bescheidener Reformvorschlag, kein Versuch, den Käfig zu vergolden. Durch das Bestreben, die Rechte des Gefangenen als Bürger und Arbeiter zu etablieren, wird die Trennung zwischen ihm und denen draußen verringert. In einem entscheidenden Sinne ist die innere Logik einer solchen Bewegung die Abschaffung des Gefängnisses, da in dem Maße, in dem solche Trennungen verwischt werden, das Gefängnis seiner lebendigen Funktion entkleidet wird.

Unglücklicherweise könnten die Trennungen aber auch umgekehrt nicht durch die Garantie der Bürgerrechte für die Gefangenen, sondern auch durch den Abbau der Rechte draußen verringert werden. Kündigen die Experimente in den Gefängnissen mit Verhaltensmanipulation und allgegenwärtiger Aufsicht eine Clock-Work-Orange-Gesellschaft an? Die Gesellschaft schuf die Gefängnisse nach ihrem eigenen Bild: wird die Geschichte mit ihrer Vorliebe für Paradoxie jene Rollen vertauschen, so dass die Gefängnisse das Bild der Gesellschaft bestimmen? – Diese Fragen sind erschreckend sowohl wegen der empirischen Daten, als auch wegen der intuitiven Vorhersagen, die beide eine solche Entwicklung nahe legen.

13. Schluss

Wenn Leute auf den berühmten Satz von Eugen Debs (Mitbegründer der IWW) - „Wenn ein Mensch im Gefängnis ist, bin ich nicht frei“ – stoßen, sind sie geneigt, ihn als die Versicherung außergewöhnlichen menschlichen Mitgefühls zu betrachten. Das ist er. Aber er kann auch als tiefe soziale Einsicht verstanden werden. Nicht nur, weil das Gefängnisssystem, innerlich ungerecht und inhuman, ein letzter Ausdruck von Ungerechtigkeiten und Inhumanität der Gesellschaft als Ganzes ist.

Wir, die wir draußen sind, wollen die Gefängnisdirektoren und Gefängniswärter nicht als unsere Stellvertreter ansehen. Aber das sind sie. Und sie sind in tödlicher Umarmung mit den Gefangenen hinter den Gefängnismauern eingeschlossen.

Das verleiht der ursprünglichen Frage menschlicher Ethik eine schreckliche Doppeldeutigkeit: Bin ich meines Bruders Wächter?

